

Schlussfolgerungen aus der niedrigen Wahlbeteiligung bei den Bürgermeisterwahlen am 6. Juni 2010

Aktuelle Stunde – Drucksache 5/1116 -

Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren, am 6. Juni 2010 haben in rund 690 Thüringer Gemeinden Bürgermeisterwahlen stattgefunden. In 5 Gemeinden wurden hauptamtliche Bürgermeister gewählt, ansonsten ehrenamtliche Bürgermeister. Die Zahlen, die wir dabei vom Landeswahlleiter zur Kenntnis nehmen mussten, sollten uns alle zum Nachdenken bewegen. In 28 Gemeinden haben sich keine Kandidaten gefunden, um für dieses Amt zu kandidieren. In fast 500 Gemeinden gab es nur einen Kandidaten, der sich dem Votum der Wähler gestellt hat. Insgesamt gab es nur rund 900 Kandidatinnen und Kandidaten; denen ist zunächst von dieser Stelle her zu danken. Aber diese Zahlen sind natürlich kein Beleg, für eine lebhafte Demokratie auf kommunaler Ebene.

Wir müssen uns intensiv damit beschäftigen, warum immer weniger Menschen bereit sind, für ein solches Amt zu kandidieren. Eine Ursache aus unserer Sicht ist die gegenwärtige Situation in den Kommunen, insbesondere die sehr eingeschränkten finanziellen Handlungsmöglichkeiten. Wenn natürlich nicht mehr viel zu entscheiden ist in einer Gemeinde, sondern nur noch letztlich der Mangel zu verwalten ist, dann braucht man sich nicht zu wundern, wenn immer weniger Bürgerinnen und Bürger bereit sind, sich dieser Herausforderung zu stellen. Deshalb sind wir in der besonderen Verantwortung, das Ermessen der Gemeinden sowohl rechtlich als auch finanziell so wieder auszugestalten, dass Kommunalpolitik zum Schluss auch etwas Spaß macht.

(Beifall DIE LINKE)

Ich meine, es gibt auch Menschen - dazu zähle ich mich -, die auch mit Mangel zurechtkommen und sich da immer noch sehr intensiv streiten können. Aber ich habe auch hohes Verständnis, wenn bestimmte Menschen sich dann verweigern und sagen, bei diesem Spiel machen wir nicht mehr mit. Deshalb unsere hohe Verantwortung und Sie wissen, meine sehr geehrten Damen und Herren, über den Kommunalen Finanzausgleich müssen wir als Landesgesetzgeber letztlich dafür Sorge tragen, dass die Gemeinden tatsächlich noch Entscheidungsspielräume zur Verfügung haben. Gerade bei kleinen Gemeinden wird das Ermessen im Grunde genommen auf null reduziert. Dort, wo ehrenamtliche Bürgermeister tätig sind, gehören die Gemeinden der Verwaltungsgemeinschaft an oder werden erfüllt und die Höhe der Kreisumlagen, die zu entrichten sind, und der Verwaltungsgemeinschaftsumlagen übersteigen in den meisten Fällen das eigene Steueraufkommen, so dass schon Landeszuweisungen verwendet werden müssen, um dort entsprechend überhaupt die Umlagen bezahlen zu können. Das heißt, für die Wahrnehmung der eigenen Aufgaben und vor allem der sogenannten freiwilligen Aufgaben, davon lebt letztlich Kommunalpolitik, steht überhaupt kein Geld mehr zur Verfügung.

Ein zweiter Komplex, auf den ich eingehen möchte und der uns genauso zum Nachdenken bewegen sollte, ist die Wahlbeteiligung. Nur noch 53 Prozent der Bürgerinnen und Bürger haben von ihrem Wahlrecht bei der Bürgermeisterwahl Gebrauch gemacht. Dort geht es ja nicht um irgendetwas, dort geht es um die Entscheidung, wer die Gemeinde in den nächsten sechs Jahren zu führen hat. Nur noch 53 Prozent, das ist die geringste Wahlbeteiligung seit 1990. Da hilft auch nicht, dass Herr Fiedler als

innenpolitischer Sprecher es auf das schöne Wetter schiebt und sagt, gemessen an dem Sonnenschein an dem Tag war die Wahlbeteiligung noch vertretbar. Wenn das eine Begründung ist, dann fällt mir nichts mehr ein, sondern ich sage, nein, es gibt Ursachen dafür, weshalb die Menschen sich letztlich verweigern.

(Beifall DIE LINKE)

Eine Ursache ist natürlich, dass in 28 Gemeinden überhaupt kein Kandidat da war und in weiteren rund 500 Gemeinden nur ein Kandidat. Wenn man die Wahlergebnisse sich mal etwas näher betrachtet, wird man feststellen, dort, wo die Bürger eine Auswahl haben zwischen verschiedenen Kandidaten und zwischen verschiedenen Konzepten, da steigt auch die Wahlbeteiligung, zumindest tendenziell. Deshalb müssen wir alles dafür tun, dass sich wieder mehr Menschen finden, für die Kommunalwahl zu kandidieren. Eine weitere Ursache ist nach unserer und auch nach meiner Überzeugung der kapitale Fehler - den hat die CDU zu verantworten -, dass wir die Termine der Wahl für die Gemeinderäte, Stadträte und die ehrenamtlichen Bürgermeister entkoppelt haben, dass die Bürgermeister also separat gewählt werden.

(Beifall DIE LINKE)

Die Begründungen, die dort angeführt werden, sind nicht mehr stichhaltig. Deshalb plädieren wir wieder für die Zusammenlegung der Wahltermine.

(Beifall DIE LINKE)

Das löst nicht alle Probleme, aber kann zumindest ein Beitrag dazu sein. Eine letzte Anmerkung möchte ich machen: Das Wahlergebnis sollte uns auch noch einmal die Sicht darauf eröffnen, dass wir nun den Einstieg die Funktional-, Verwaltungs- und Gebietsreform brauchen, weil wir nur dann leistungsfähige Gemeinden bekommen, wo wir auch Bürger finden, die sich der Herausforderung eines Bürgermeisteramts stellen können, weil sie ein Ermessen haben, weil sie eine eigene Verwaltung haben und dergleichen, und da ist die Verwaltungsgemeinschaft nicht mehr das Zukunftsmodell. Danke schön.

(Beifall DIE LINKE)